

News Archiv 2026

2026-02-16 11:22

[AK-Chefin Anderl für Reichensteuer](#)

Die Präsidentin der Arbeiterkammer (AK), Renate Anderl (SPÖ), fordert angesichts der angespannten Budgetlage eine Reichen- und Erbschaftssteuer. Sie werde auch die entsprechende Petition der Grünen unterschreiben, sagte sie am Sonntag in der ORF-„Pressestunde“. Aufseiten der Wirtschaft und der FPÖ stieß Anderl damit auf harsche Ablehnung. Anderl äußerte sich außerdem zur Führungsdiskussion innerhalb der SPÖ und der Kandidatur für die Hofburg.

In einer Krisenzeit müsse man schauen, wo das Geld ist. Neben Steuern für Reiche kann sich Anderl auch eine höhere Bankenabgabe sowie eine Rücknahme der Senkung der Körperschaftsteuer vorstellen. Sie dachte in der „Pressestunde“ auch härtere Strafen für Betriebe an, die Überstunden nicht korrekt ausbezahlen. Den Beschäftigten würde hier jährlich rund eine Milliarde an Entgelten entgehen.

Betriebe an Sozialstaat beteiligen

Weiters sollten Unternehmen, die ihre Beschäftigten beim Arbeitsmarktservice (AMS) „zwischenparken“, einen höheren Teil der entsprechenden Kosten tragen. Einer von den SPÖ-Koalitionspartnern ÖVP und NEOS geforderten Lohnnebenkostensenkung würde sie ohne Gegenfinanzierung nicht zustimmen. Es sei schließlich auch Aufgabe der Betriebe, sich am Sozialstaat zu beteiligen.

Wenig Freude hat sie auch mit dem ÖVP-Vorschlag nach einer abgespeckten Basisgesundheitsversorgung für Asylwerberinnen und Asylwerber. „Wenn jemand eine medizinische Versorgung braucht, dann soll er auch den Zugang dazu haben.“ Das gelte auch für Gastpatienten.

Hier war es jüngst zu einem Konflikt zwischen der Stadt Wien und den Bundesländern Niederösterreich und Burgenland gekommen. Als Kritik an der von der SPÖ geführten Wiener Stadtregierung wollte Anderl ihre Aussage auf Nachfrage hin aber nicht verstanden wissen. Alle Beteiligten müssten sich an einen Tisch sitzen und Lösungen finden.

Gegen Wehrdienstvolksbefragung

Mit Blick auf die Wehrdienstdebatte sprach sich die AK-Chefin eher gegen eine Volksbefragung aus: Es sei Aufgabe einer gewählten Regierung, solche Entscheidungen zu treffen. Aus AK-Sicht sei vor allem wichtig, dass junge Wehrdiener, die bereits arbeiten, abgesichert sind und für sie ein Kündigungsschutz gilt.

Bei einer etwaigen Volksbefragung könnte die Entscheidung nicht auf Basis von Fakten fallen: „Es wird eine rein emotionale Entscheidung“, warnte Ex-Verteidigungsminister und Mitglied der Wehrdienstkommission, Thomas Starlinger am Sonntag in der ORF-Sendung „Hohes Haus“. Er lehnte eine Volksbefragung ab und hoffte, „dass Einsicht einkehrt“.

Vertreter der Regierungsparteien ÖVP, SPÖ und NEOS werden miteinander am Dienstag die Ergebnisse der Wehrdienstreformkommission diskutieren und die nächsten Schritte festlegen, wie die ÖVP wissen ließ. Das Treffen soll den Auftakt des parlamentarischen Prozesses markieren, an dessen Ende nach dem Dafürhalten von Bundeskanzler Christian Stocker (ÖVP) eine Volksbefragung stehen soll.

„Perplex“ angesichts Niessls Kandidatur

Überrascht zeigte sich Anderl mit Blick auf die Ankündigung des früheren burgenländischen Landeshauptmanns Hans Niessl (SPÖ), für die SPÖ ins Rennen um die Hofburg gehen zu wollen. „Ich weiß nicht, wieso er diese Idee hatte oder wer ihn dazu getrieben hat“, so die AK-Chefin. Sie sei „perplex“ gewesen, als sie davon hörte. An der Staatsspitze würde sie sich eher eine Frau wünschen, „das wäre schon schön“.

„Selbstverständlich“ für Babler

Mehr Frauen an der Spitze wünscht sich Anderl insgesamt auch weiterhin in ihrer eigenen Partei, stellte sich zugleich aber auch hinter SPÖ-Parteichef Andreas Babler. Sie werde ihn auf dem Parteitag „selbstverständlich“ wählen, sagte die AK-Chefin angesprochen auf die jüngst abgeflaute Führungsdebatte innerhalb der SPÖ. Sie sprach sich dagegen aus, Personen schlechtzureden.

„Wir haben einige Männer im Land, die glauben, sie seien die allerwichtigsten“ – dabei gehe es oft nicht um die eigene Person, sagte Anderl. Namen nennen wollte sie aber nicht – sie würde dabei sicher „den einen oder anderen vergessen“. Die SPÖ müsse wieder an einem Strang ziehen. Eine Notwendigkeit einer Reform der Arbeiterkammer ähnlich der Wirtschaftskammer sieht Anderl nicht.

Grüne erfreut, Kritik aus Wirtschaft und FPÖ

Der grüne Budgetsprecher Jakob Schwarz freute sich darüber, dass Anderl die Petition seiner Partei unterstützt: „Die breiten Schultern müssen einen gerechten Beitrag leisten. Superreiche, die Millionen und Milliarden erben, müssen jetzt fair besteuert werden“, sagte er und forderte die SPÖ auf, ihre Regierungsbeteiligung konsequent zu nutzen: „Die SPÖ hat Vermögens- und Erbschaftssteuern seit Jahren im Programm. Jetzt entscheidet sich, ob das auch Teil konkreter Budgetpolitik wird.“

Auf Ablehnung stießen die Vorschläge der AK – wenig überraschend – bei Wirtschaftskammer (WKO), ÖVP-Wirtschaftsbund und Industriellenvereinigung (IV). „Die Konjunktur springt gerade erst an“, so Wirtschafts- und WKO-Chefin Martha Schultz. „Die Einführung einer Erbschafts- und Vermögenssteuer würde massiv auf die Stimmung schlagen und den beginnenden Aufschwung gleich wieder bremsen.“

IV-Generalsekretär Christoph Neumayer: „Zu sagen, ererbtes Vermögen sei nicht erwirtschaftet worden, ist falsch.“ Die FPÖ forderte unterdessen einmal mehr die Abschaffung der verpflichtenden Kammermitgliedschaften.

Rückdeckung von ÖVP-Seniorenbund

Rückendeckung für ihre ebenfalls in dem TV-Interview wiederholte Forderung nach einem Bonus-Malus-System für Betriebe erhielt Anderl vom ÖVP-nahen Seniorenbund. Ein Bonus-Malus-System würde Unternehmen bestrafen bzw. belohnen, die wenige bzw. viele ältere Beschäftigte haben. Menschen müssten länger in Beschäftigung gehalten werden, auch um damit das faktische Pensionsantrittsalter zu erhöhen, sagte Seniorenbund-Chefin Ingrid Korosec. „Dazu müssen alle mithelfen, auch die Betriebe, bei denen derzeit viele keine Personen ab 60 Jahren mehr beschäftigen.“

[Read more ... AK-Chefin Anderl für Reichensteuer](#)

2026-02-12 06:05

[Kniezanrek, Popernitsch, Ackerl, Stern ad Februargedenken: „Demokratie braucht eine starke soziale Stimme“](#)

FSG-younion gedenkt Karl Münichreiters am Goldmarkplatz und warnt vor rechten und antidemokratischen Tendenzen

Das Gedenken an die Februartkämpfe 1934 ist für die FSG-younion, Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen in der younion _ Die Daseinsgewerkschaft, weit mehr als ein historischer Rückblick – es ist ein klarer politischer und gesellschaftlicher Auftrag aus der Geschichte für Gegenwart und Zukunft. Dieses Jahr am Goldmarkplatz längs Trazerberggasse im 14. Wiener Gemeindebezirk stattfindend, befindet sich das Denkmal Karl Münichreiters. Dieser und viele andere Verbliebene ließen 1934 im Kampf gegen den Austrofaschismus ihr Leben für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und die Rechte der arbeitenden Menschen.

„Karl Münichreiter steht exemplarisch für all jene Sozialdemokrat:innen und Gewerkschafter:innen, die sich dem Austrofaschismus entgegengestellt haben, weil sie an Demokratie, Solidarität und soziale Rechte geglaubt haben“, betont Erich Kniezanrek, Bundesgeschäftsführer der FSG-youunion. „Wir erinnern nicht aus Gewohnheit, sondern weil diese Werte gerade heute wieder massiv unter Druck geraten – siehe eine Partei Österreichs, die sich Freiheit an die Fahnen heftet, jedoch ausgrenzender und exkludierender nicht sein könnte. Das politische Paradoxon.“

„Jugendarbeit in der Gewerkschaft bedeutet, junge Beschäftigte zu stärken, bevor Unsicherheit, Ausgrenzung oder Perspektivlosigkeit zum politischen Nährboden werden. Die FSG in der YOUNG youunion steht für eine demokratische Haltung, die jungen Menschen Rechte gibt, statt sie allein zu lassen – im Betrieb, in der Ausbildung und in der Gesellschaft. Das Gedenken an den Februar 1934 erinnert uns daran, dass soziale Errungenschaften und Mitbestimmung immer erkämpft wurden. Diese Verantwortung tragen wir heute weiter, indem wir junge Menschen in der Daseinsvorsorge organisieren, ihnen eine Stimme geben und sie ermutigen, Demokratie aktiv mitzugestalten“, so Sarah Popernitsch, FSG-Vorsitzende der YOUNG youunion.

Die Ereignisse des Februar 1934 zeigen eindringlich, wohin die Zerschlagung von Arbeitnehmer:innenrechten, Gewerkschaften und demokratischen Institutionen führt. Der Ausschluss der Sozialdemokratie aus dem politischen System war kein Nebeneffekt, sondern Voraussetzung für autoritäre Herrschaft. Daraus ergibt sich eine klare Lehre: Eine starke Sozialdemokratie ist das wirksamste Mittel gegen rechte, antidemokratische und ausgrenzende Bewegungen – damals wie heute.

„Demokratie gerät nicht nur durch offenen Autoritarismus unter Druck, sondern auch dort, wo Desinformation, Propaganda und gezielte Polarisierung unwidersprochen Raum bekommen. Die Lehren aus dem Februar 1934 zeigen, wie gefährlich es ist, wenn demokratische Öffentlichkeit ausgehöhlt wird. Gerade junge Menschen, die sich heute vielfach über digitale Kanäle informieren, brauchen Zugang zu verlässlichen Informationen, kritischem Diskurs und politischer Bildung. Eine lebendige Demokratie lebt von aufgeklärter Beteiligung – nicht von Angst, Hetze und Manipulation“, betont der Wiener SPÖ-Gemeinderat und Landtagsabgeordnete sowie Vorsitzende der Jungen Generation Wien in der SPÖ Wien, Alexander Ackerl.

Das Gedenken an den Februar 1934 erinnert uns eindringlich daran, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist. Gerade junge Menschen müssen heute erleben, dass soziale Unsicherheit, Rechtsruck und politische Entfremdung wieder zunehmen. Die Geschichte lehrt uns aber klar: Wer Demokratie verteidigen will, muss Mitbestimmung ermöglichen. Echte Beteiligung, Solidarität und das Ernstnehmen junger Stimmen sind entscheidend, um autoritären und rechten Tendenzen wirksam entgegenzutreten – weit über ein Kreuzerl am Stimmzettel hinaus“, betont Lena Stern, Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Wien.

„Sozialdemokratie bedeutet aktiven Schutz von Demokratie und Menschenwürde“, unterstreicht Kniezanrek und ergänzt: „Sie schafft soziale Sicherheit dort, wo antidemokratische Kräfte spalten, Angst schüren und Gerechtigkeit zerstören wollen. Sie gibt Antworten auf Unsicherheit – nicht mit Hass, sondern mit Solidarität.“

Im Zentrum der gewerkschaftlichen Arbeit der FSG-youunion steht die Daseinsvorsorge: qualitativ hochwertige öffentliche Dienste als tragende Säule von Lebensqualität, sozialem Zusammenhalt und demokratischer Stabilität. Tagtäglich setzen sich Beschäftigte in Städten und Gemeinden für Bildung, Pflege, Gesundheit, Sicherheit, Mobilität, soziale Infrastruktur, Sport sowie Kunst und Kultur und vieles mehr ein.

Das Februargedenken am Goldmarkplatz zu Ehren Karl Münichreiters ist daher ein bewusstes Zeichen. Ein Zeichen gegen das Vergessen, gegen antidemokratische Rückschritte und soziale Spaltung – und für eine solidarische, demokratische Gesellschaft ohne Ausgrenzung. „Das Vermächtnis von Karl Münichreiter verpflichtet uns, Haltung zu zeigen, laut zu sein und Verantwortung zu übernehmen. Sozialdemokratie ist kein Kapitel der Geschichte – sie ist eine tägliche Aufgabe, gestern, heute und morgen“, so Kniezanrek, Ackerl und Stern abschließend unisono.

[Read more ... Kniezanrek, Popernitsch, Ackerl, Stern ad Februargedenken: „Demokratie braucht eine starke soziale Stimme“](#)

2026-02-05 09:30

[SPÖ-Überlegung zu Volksbefragung über Erbschaftssteuer](#)

Nach dem Vorstoß von Bundeskanzler Christian Stocker (ÖVP), eine Volksbefragung zur Wehrpflicht abzuhalten, hat nun auch der Koalitionspartner SPÖ seine eigenen Ideen, dieses Instrument zu nutzen: Staatssekretärin Michaela Schmidt, die auch Regierungskordinatorin ihrer Partei ist, schlug gestern laut „Kurier“ vor, etwa ein Votum über die Einführung einer Erbschaftssteuer abzuhalten. „Ich kann mir persönlich vorstellen, dass wir zum Beispiel die Erbschaftssteuer ebenfalls zum Thema einer Volksbefragung machen“, so Schmidt.

Ein promptes Nein kam von ÖVP-Finanzstaatssekretärin Barbara Eibinger-Miedl. Sie meinte in einer schriftlichen Reaktion auf Schmidts Aussagen: „Die Frage von Vermögens- und Erbschaftssteuern wurde in den Regierungsverhandlungen eindeutig geklärt und ist somit für diese Legislaturperiode kein Thema. Im Gegensatz hierzu ist der Stärkung der Miliz ein eigenes Kapitel im Regierungsprogramm gewidmet.“ Auch in der ZIB2 bekräftigte Eibinger-Miedl ihre ablehnende Haltung.

Auch die Industriellenvereinigung (IV) wies die Idee einer Volksbefragung zur Erbschaftsteuer in einer Aussendung „entschieden zurück“. Österreich sei bereits ein „Hochsteuerland“, neue Belastungen für Eigentum und Unternehmensnachfolgen wären laut IV „ein völlig falsches Signal“.

[Read more ... SPÖ-Überlegung zu Volksbefragung über Erbschaftssteuer](#)

2026-01-26 17:58

[Schwerarbeitsregel gilt bei Pflege auch für Tagdienst](#)

Die GÖD-Gesundheitsgewerkschaft und das younion-Team Gesundheit haben heute von „unrichtigen Beratungen“ der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) in mehreren Bundesländern bezüglich der neuen Schwerarbeitsregelung für Pflegekräfte berichtet.

Anders als teils bei PVA-Beratungen behauptet, gelten auch Pflegekräfte im reinen Tagdienst als Schwerarbeiter bzw. -arbeiterinnen, sofern sie überwiegend pflegerische Tätigkeiten ausüben, hieß es in einer Aussendung.

In den vergangenen Wochen hätten die GÖD-Gesundheitsgewerkschaft und younion „zahlreiche Rückmeldungen von Pflegekräften aus mehreren Bundesländern“ erhalten, wonach es „unrichtige Auskünfte“ durch Berater und Beraterinnen der Pensionsversicherung bezüglich der Anerkennung von Schwerarbeit in der Pflege ab 1. Jänner 2026 gegeben habe.

„Aussage nicht korrekt“

Pflegekräften sei wiederholt mitgeteilt worden, dass eine Anerkennung als Schwerarbeiter ausschließlich bei Schicht- oder Nachtarbeit möglich sei. „Diese Aussage ist nicht korrekt“, betonte nun die Gewerkschaft.

Dazu habe auch das zuständige Ministerium „rasch und eindeutig“ Stellung genommen und die Sichtweise der Gewerkschaft bestätigt. Eine Einschränkung bestehe lediglich dann, wenn die Tätigkeit überwiegend im administrativen oder verwaltungstechnischen Bereich liegt.

[Read more ... Schwerarbeitsregel gilt bei Pflege auch für Tagdienst](#)

2026-01-21 08:42

[younion: Freigestellte Personalvertreter:innen der younion profitieren nicht von Bundesgesetz zu höheren Zulagen](#)

Völlige Transparenz und keine Sondererhöhungen

In Bezug auf die jüngsten Berichterstattungen und Diskussionen rund um die Erhöhung von Zulagen für Funktionär:innen der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) möchten wir als youunion _ Die Daseinsgewerkschaft klarstellen:

Die im Bundesgesetz beschlossenen Regelungen betreffen ausschließlich diese Gewerkschaft und haben keinerlei Auswirkungen auf die freigestellten Funktionär:innen der youunion.

Die youunion vertritt die Interessen von Arbeitnehmer:innen unter anderem in den Bereichen Kommunalverwaltung, öffentlicher Dienst, Sozial- und Gesundheitswesen sowie Kunst, Kultur und Sport auf Stadt- und Gemeindeebene.

Unsere Funktionär:innen arbeiten tagtäglich mit großem Engagement für die Rechte und Anliegen unserer Mitglieder. Dabei gelten für sie andere Regelungen und Rahmenbedingungen als für die GÖD-Funktionär:innen.

youunion _ Die Daseinsgewerkschaft hat weder von den genannten Zulagen profitiert noch war sie in die entsprechenden Verhandlungen eingebunden. Unsere Arbeit basiert auf einer eigenständigen Struktur und einem klaren Fokus auf die Bedürfnisse unserer Mitglieder. Unsere Funktionär:innen werden völlig transparent entlohnt und erhalten nur jene Gehaltserhöhungen, die auch unsere Mitglieder erhalten. Es gilt ein Benachteiligungs- und Besserungsverbot.

Wir stehen für Transparenz und eine faire Interessenvertretung und werden weiterhin mit Nachdruck für die Anliegen unserer Mitglieder eintreten.

[Read more ... youunion: Freigestellte Personalvertreter:innen der youunion profitieren nicht von Bundesgesetz zu höheren Zulagen](#)

2026-01-19 11:56

[Babler verteidigt Effekt von MwSt.-Senkung](#)

Vizekanzler und SPÖ-Chef Andreas Babler hat in der „Pressestunde“ am Sonntag die jüngsten Beschlüsse der Regierung verteidigt. Insbesondere wies er den Vorwurf zurück, wonach die Mehrwertsteuersenkung auf Grundnahrungsmittel keine nennenswerte Entlastung für Konsumenten bringe. Solche Meldungen seien „arrogant“, sie zeigten, dass viele die Lebensrealitäten der Menschen vergessen hätten. Ein Durchschnittshaushalt könne sich „um die 100 Euro“ im Jahr sparen.

Babler verlas eine Liste jener Lebensmittel, die von der Mehrwertsteuersenkung auf den Steuersatz von 4,9 Prozent erfasst sein werden. Dazu zählen etwa Milch, Milchprodukte und Eier, Brot, Gebäck, Erdäpfel, Paradeiser, Zwiebel, Knoblauch sowie diverse in Österreich angebaute Gemüse- und Obstsorten. Gelten solle das ab 1. Juli. Ein Schwerpunkt liege auch darauf, österreichische Produkte zu fördern, so Babler.

Der SPÖ-Chef sprach von einem „wichtigen Schritt“, die Mehrwertsteuersenkung auf Grundnahrungsmittel sei eine Maßnahme, die die Bevölkerung brauche: „Politik muss eingreifen und nicht wie die Vorgängerregierungen sagen, das geht uns nichts an.“ Gleichsam wichtig sei die Gegenfinanzierung in schwieriger Budgetlage – reserviert sind für das Vorhaben 400 Mio. Euro.

Finanzministerium „überzeugt“

Gegenfinanziert werden soll mittels einer Abgabe auf nicht recycelbares Plastik. Dazu soll eine Paketabgabe für Drittstaatspakete, also Sendungen aus Nicht-EU-Ländern, kommen. „Das stärkt auch unseren österreichischen Handel und wird nicht den Konsumenten weitergegeben“, so Babler. Auch das Finanzministerium sei von der Gegenfinanzierung überzeugt.

Zudem habe man eine Prüfung in Auftrag gegeben, wie die „oftmals stark fallenden Rohölpreise an die Konsumenten weitergegeben werden“ könnten – Details nannte Babler dazu nicht. Jedenfalls hätten in der Vergangenheit Regierungen nicht eingegriffen, insbesondere habe die letzte Regierung „uns einen nicht gegenfinanzierten Scherbenhaufen bereitet“, so Babler.

Österreich-Aufschlag „dürfte dauern“

Lob für die Regierung äußerte der Vizekanzler zudem für den Eingriff im Wohnbereich, im Energiebereich habe man einen Sozialtarif für armutsgefährdete Menschen auf den Weg gebracht. Mit dem Verbund gehe man mit einem Arbeitspreis von 9,5 Cent voran – das spare gleich 200 bis 300 Euro pro Haushalt ein. Die anderen Anbieter sollten über ein „Nachziehen“ nachdenken, so Babler.

Angesprochen auf den Österreich-Aufschlag, der Produkte hierzulande teurer macht, gestand Babler ein, dass man sich in Brüssel noch nicht durchsetzen konnte. „Es dürfte dauern“, dennoch verwies er auf den Umstand, dass die SPÖ das Problem „aufgespielt habe“. In Brüssel müsse man sich durchsetzen, so Babler. Bis es so weit sei, solle die Mehrwertsteuersenkung Entlastung bringen.

„Besser auf Kurs, als wir uns vorgenommen haben“

In Sachen Budget sei man „besser auf Kurs, als wir uns vorgenommen haben“, so Babler. Das betreffe auch die Länder, deren Budgetlage vielfach schlecht sei. Dort sei nun ein guter Zeitpunkt, „um historische Dinge, die man aus strukturell-konservativen Vorstellungen heraus bewahren wollte, aufzubrechen“, so Babler. Es gebe jedenfalls viele Einsparungspotenziale, sagte der SPÖ-Chef.

Gesundheit: Verweis auf Versorgungsanalyse

Im Gesundheitsbereich pochte Babler auf die bekannten SPÖ-Positionen: Es gelte, den Trend zum Wahlarzt umzukehren, sprach er den Schwund an Kassenärztinnen und -ärzten an. Man mache nun eine Versorgungsanalyse, auf dieser werde man aufbauen, verwies er auf die Pläne des Gesundheitsressorts.

Zurückhaltend blieb er zum Vorschlag von Wiens Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ), der vier Gesundheitsregionen vorgeschlagen hatte. „Wenn es dazu dient, dass die Versorgungsstruktur besser ist, kann man mit mir über jeden Vorschlag reden.“ Zunächst aber warte man jetzt einmal die Ergebnisse der Versorgungsanalyse ab.

Bei Wehrdienstverlängerung zurückhaltend

Thema war zudem das Heer – zumal die Wehrdienstkommission am Dienstag ihre Vorschläge zur Weiterentwicklung von Wehr- und Zivildienst sowie zur Miliz präsentiert. Dem Vernehmen nach dürfte sie neben anderen Maßnahmen eine Verlängerung des Wehrdienstes empfehlen. Babler äußerte sich dazu zurückhaltend, eine Verlängerung stehe nicht im Regierungsprogramm. Man werde den Bericht nach Vorlage bewerten.

„Sie werden von mir keine Zahl hören“

Angesprochen auf Querschüsse gegen ihn aus den eigenen Reihen in den Ländern, sagte Babler, dass Diskussionen nicht in der Partei stattfänden, sondern „in verschiedenen Redaktionshinterzimmern einiger Medien“. Keine Überraschung sei jedenfalls, dass man mit einem solchen „Budgetscherbenhaufen keinen Blumentopf gewinnen“ könne. Doch habe man „Verantwortung übernommen“, dafür stehe die Partei „sehr geschlossen“.

Auf ein Zustimmungsziel für den SPÖ-Bundesparteitag am 7. März wollte sich Babler nicht festlegen. „Sie werden von mir keine Zahl hören, das wäre ein Fehler“, sagte der SPÖ-Chef. Unterschiedliche Auffassungen seien auszudiskutieren, Medien würden das stets als „hysterische Diskussion“ kennzeichnen. Zuletzt wurde Babler beim Parteitag 2023 mit 89 Prozent Zustimmung als Parteichef bestätigt – für 7. März ist er derzeit der einzige Kandidat.

Neue Medienförderung „so bald wie möglich“

Angesprochen auf die geplante Reform der Medienförderung, sagte Babler, diese solle „so bald wie möglich“ kommen. Der auch für Medien und Kultur zuständige Vizekanzler hatte ja im November bekanntgegeben, im Rahmen der geplanten Reform der Medienförderung eine wissenschaftliche Analyse beauftragt zu haben, die derzeitige Medienförderung empfinde er als nicht zielgerichtet genug.

Es gehe darum, „sicherzustellen, dass das auch den Qualitätsjournalismus stützt“, unterstrich er einmal mehr seine Ziele. Bezüglich der Kulturförderung betonte der SPÖ-Chef, ihm sei es wichtig, dass die Kultur in ihrer „ganzen Breite“ Bestand hat. Das sicherzustellen sei seine Aufgabe. Es gehe auch darum, „dass wir viel der kleineren Kulturinitiativen am Leben halten“.

Opposition mit Kritik

Kritik kam von der Opposition. FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz sprach von der „womöglich letzten ORF-Pressestunde“ Bablers als Parteichef und ortete eine „persönliche Märchenstunde eines völlig überforderten Parteichefs und Vizekanzlers“. „Andi ‚Ratlos‘ Babler hat heute wieder einmal eine Kostprobe seiner völligen Realitätsverweigerung abgegeben. Außer leeren PR-Floskeln, Unwahrheiten und einem peinlichen Selbstlob ist von diesem Vizekanzler nichts gekommen“, sagte der Freiheitliche.

„Nicht zu Ende gedachte Ankündigungen“ sah die Vizeklubobfrau der Grünen, Sigrid Maurer. Babler spreche zwar ständig von der Gegenfinanzierung der angekündigten Maßnahmen. „Er bleibt aber konkrete Vorschläge schuldig, die auch wirklich zur Finanzierung tauglich sind.“ Auffallen würde vor allem: „Die Superreichen bleiben komplett außen vor.“ Am Ende würden wieder jene zahlen, „die ohnehin jeden Euro

zweimal umdrehen müssen. Das ist keine soziale Politik.“ Babler stelle die Rechnung für seine Ankündigungen den Falschen aus, so Maurer.

[Read more ... Babler verteidigt Effekt von MwSt.-Senkung](#)

2026-01-15 08:59

[Mehrwertsteuersenkung - Lob und Kritik für Regierungspläne](#)

Der Chef des heimischen Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO), Gabriel Felbermayr, begrüßt die angekündigte Halbierung der Mehrwertsteuer (MwSt.) auf Grundnahrungsmittel. Die Regierung müsse den Handel nun „in die Pflicht nehmen“, damit die Senkung bei den Kunden auch ankomme. Die Koalitionsparteien zeigten sich mit der Maßnahme ebenfalls zufrieden, Kritik kam allerdings auch – von anderer Seite.

WIFO-Chef Felbermayr zeigte sich bereits im Vorfeld für eine Mehrwertsteuersenkung auf Lebensmittel aufgeschlossen und reagierte am Mittwoch entsprechend wohlwollend. Die Kosten schätzt der Ökonom auf 300 bis 400 Millionen Euro, wie auch die Regierung selbst. Die tatsächlichen Kosten würden aber von der genauen Festlegung jener Produkte abhängen, für die der reduzierte Steuersatz am Ende gilt, so Felbermayr. Hier hat sich die Regierung noch nicht festgelegt.

Ein Risiko bei der Senkung von zehn auf fünf Prozent bleibe auch für den Finanzminister, so der WIFO-Chef weiter: Wie viel die geplanten Abgaben zur Gegenfinanzierung durch die Paketabgabe auf Lieferungen aus Drittstaaten sowie eine Abgabe auf nicht recycelbares Plastik tatsächlich einbringen, sei noch unklar. Es hänge auch davon ab, ob Händler aus Drittstaaten die Abgabe abwälzen oder nicht.

Regierung schnürt Entlastungspaket

Dass die Abgaben zur Gegenfinanzierung den Inflationsrückgang durch die Mehrwertsteuersenkung zum Teil wieder neutralisieren könnte, sieht Felbermayr nicht als großes Problem. Es gehe vor allem darum, „dass man die erlebte psychologisch relevante Inflationsrate stärker adressiert. Das ist das, was die Menschen einfach im Supermarkt jeden Tag erleben.“ Es sei wichtig, die Schleife von „es wird immer alles teurer und es wird immer alles schlimmer“ zu durchbrechen.

Auch der geplante Industriestrompreis sei notwendig, um die heimische Wirtschaft wettbewerbsfähig zu halten. Von der Gegenfinanzierung durch eine Abgabe der Energiewirtschaft zeigte sich Felbermayr nicht „besonders begeistert“. „Wenn man jetzt den Energieunternehmen Eigenmittel nimmt, dann ist das nicht gerade investitionsfördernd“, so Felbermayr. Er könne die Politik allerdings verstehen, alternative Gegenfinanzierungen würden die Inflation wieder nach oben treiben.

„Turbo-Rasensprenger“ statt „Gießkanne“

Gegenüber dem „Standard“ spricht Michael Böheim, ebenfalls vom WIFO, von einem „Turbo-Rasensprenger“ statt einer Gießkanne. Er bezweifelt, dass die Kontrolle der Preise auf lange Sicht für Konsumenten und Konsumentinnen einfach ist. Reichere Haushalte würden von der Maßnahme zudem mehr profitieren, sagte der Linzer Volkswirt Ulrich Glogowsky von der Johannes Kepler Universität, da sie meist teurere Lebensmittel kaufen würden.

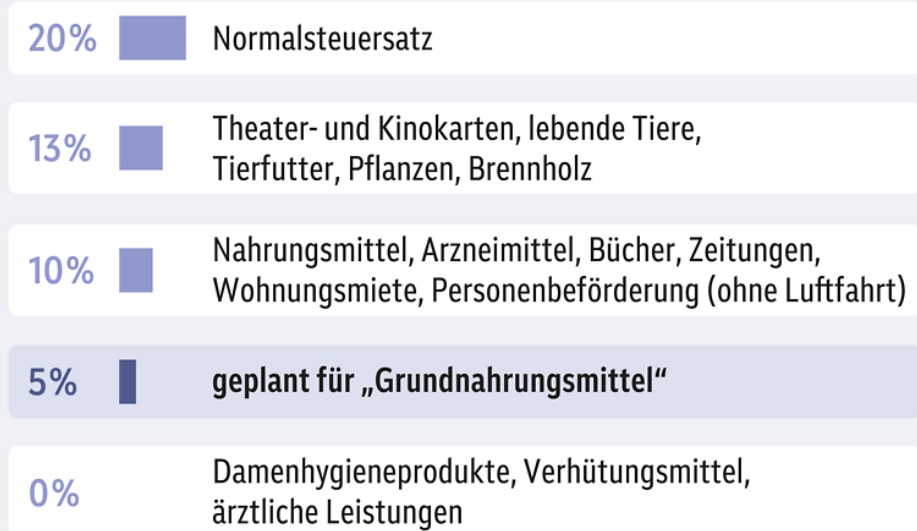
Kritisch äußerten sich im „Standard“ auch Vertreter des Lebensmittelhandels und der Lebensmittelindustrie. Während der Handel von Populismus und Inflationskosmetik spricht und soziale Treffsicherheit vermisst, mahnt die Industrie Fairplay über alle Stufen der Wertschöpfungskette ein. Offen ist bisher auch die Frage, welche Lebensmittel nun eigentlich preislich gesenkt werden sollen.

Wie schafft Österreich den Wirtschaftsaufschwung?

Deutliche Kritik an den angekündigten erweiterten Kontrollmaßnahmen durch die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) gab es in einer Aussendung auch von der Sparte Handel in der Wirtschaftskammer. So soll der Handel unter anderem verpflichtend Margen an die BWB melden. Solche Eingriffsmöglichkeiten hätten „stark zentralverwaltungswirtschaftliche Züge“ und widersprächen „eklatant den Grundsätzen der Marktwirtschaft“, sagte Handelsobmann Rainer Trefelik.

Mehrwertsteuersätze in Österreich

wichtige Anwendungsfälle (Auswahl)



Grafik: APA/ORF

Koalition überzeugt, Kritik von Opposition

Vertreter der Regierungsparteien lobten die vorgestellten Pläne, wie etwa Wiens Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ). Die Halbierung der Mehrwertsteuer werde Preissteigerungen „effektiv und vor allem dauerhaft“ abfedern, ohne den Handel zu belasten. Der Handel, genauer der Handelsverband, versprach in einer Aussendung, dass die Senkungen weitergegeben werden. Ähnlich äußerte sich auch der Handelsriese REWE (Billa, Penny, Bipa, ADEG) im „Standard“.

Inflation mit 3,8 Prozent weit über EU-Schnitt

Anders die Opposition: FPÖ-Parteichef Herbert Kickl sprach in einer Aussendung von einer „halbherzigen Maßnahme“, die „keine spürbare Entlastung bringen“ werde. Die FPÖ fordere seit Jahren eine gänzliche Umsatzsteuerbefreiung für Grundnahrungsmittel, man fürchte, dass durch die angedachte Gegenfinanzierung neue Belastungen entstehen.

„Wenn Brot, Butter und Mehl am Ende wirklich günstiger werden, ist das gut. Aber eines muss klar sein: Dieser Plan ist teuer“, sagte die grüne Klubobfrau Sigrid Maurer. Sie wünscht sich eine andere Form der Gegenfinanzierung, die bei den „Superreichen“ ansetzt. „Wenn aber wieder alle draufzahlen, weil die Regierung an anderer Stelle bei den Menschen abkassiert, dann ist das der völlig falsche Weg.“

NGOs für Reduktion bei pflanzlichen Lebensmitteln

Die Frage, welche Lebensmittel günstiger werden sollen, beschäftigt die NGOs foodwatch, WWF und Greenpeace. Laut foodwatch und WWF sollten vor allem pflanzliche Lebensmittel billiger werden, eine Senkung beim Fleisch wird mit Verweis auf die schlechte Klimabilanz solcher Produkte kritisch gesehen. Ähnlich Greenpeace, die eine gänzliche Umsatzsteuerbefreiung für pflanzliche Lebensmittel fordern. Die

angedachte Plastiksteuer wird begrüßt.

Der Fachverband der Chemischen Industrie Österreichs (FCIO) sieht in der Plastiksteuer hingegen ein „Bürokratiemonster“. In Österreich würden jedes Jahr zig Milliarden Verpackungen auf den Markt gebracht, so FCIO-Obmann Ulrich Wieltsch. Er hinterfrage, „wie sollen solche Mengen technisch auf ihre Recyclingfähigkeit geprüft und dokumentiert werden?“

Für Finanzstaatssekretärin Barbara Eibinger-Miedl (ÖVP) schafft die Senkung dagegen „zusätzlich zu unseren Maßnahmen für günstigeren Strom eine nachhaltige Entlastung“. Lob kam auch von Caritas und Volkshilfe, dem SPÖ-nahen Pensionistenverband, der Arbeiterkammer (AK), vom Gewerkschaftsbund (ÖGB) und der Gewerkschaft GPA.

Für GPA-Vorsitzende Barbara Teiber führt die geplante Abgabe auf Drittstaatenpakete „zu mehr Fairness im Onlinehandel“. AK-Präsidentin Renate Anderl will eine konsequente Überprüfung der Maßnahme. ÖGB-Bundesgeschäftsführerin Helene Schubert fordert zudem eine schlagkräftige Antiteuerungskommission. Ähnlich äußerte sich auch Volkshilfe-Direktor Erich Fenninger.

[Read more ... Mehrwertsteuersenkung - Lob und Kritik für Regierungspläne](#)

2026-01-12 07:28

[Vor Klausur: Marterbauer warnt vor teuren Wünschen](#)

Finanzminister Markus Marterbauer (SPÖ) warnt vor der kleinen Regierungsklausur Mitte der Woche vor überzogenen Wünschen. Konkret nannte er laut einem heute publizierten APA-Interview eine Senkung der Körperschaftssteuer oder der Lohnnebenkosten zum jetzigen Zeitpunkt: „Das würde in völligem Kontrast zur Budgetsanierung stehen.“ Man dürfe nicht in alte Muster zurückfallen. Vorstellen kann er sich hingegen, der Industrie beim Strompreis zu helfen.

Konkrete Maßnahmen wollte der Finanzminister vorerst nicht nennen. Für ihn ist aber denkbar, dass man den begünstigten Industriestrompreis über die bisherige Befristung hinaus subventioniert. Dies dürfe aber nicht mehr über Einmalausschüttungen gegenfinanziert werden, sondern es bräuchte eine langfristige Finanzierung. Er habe dazu seine Gedanken, die er aber vor der Klausur nicht öffentlich ausbreiten wolle.

Billiger Strom zentral für Standort

Marterbauer wies darauf hin, dass der Produktivitätsrat billigen Strom als Voraussetzung für den Industriestandort genannt habe. Dafür habe man jetzt schon einiges getan, werde das Thema aber weiter verfolgen. Dass es nun wieder eine Industriestrategie geben soll, begrüßte der Finanzminister ausdrücklich.

Definition von Schlüsseltechnologien

Aus Marterbauers Bereich werden auch Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung erwartet. Konkret werden wollte er hier aber weiter nicht. Hervorgehoben wird von ihm lieber, was etwa im Bereich der Mieten schon erreicht wurde. Weiter Themen blieben die Lebensmittelpreise und jene für Treibstoff.

Definieren will die Regierung zudem, welche Schlüsseltechnologien man verstärkt fördern will. Als Beispiel nannte Marterbauer die Quantentechnologie. Sein Grundsatz lautet: „Wo wir stark sind, weiter stärken.“

[Read more ... Vor Klausur: Marterbauer warnt vor teuren Wünschen](#)

2026-01-09 10:29

[Kein Budget in Klagenfurt: Kultur protestiert](#)

In Klagenfurt startet das neue Jahr wieder ohne Budget und mit einer Zwölftelregelung. Damit sind die Ausgaben eingefroren, es darf pro Monat nur ein Zwölftel des Vorjahresbudgets ausgegeben werden. Stark betroffen ist die Kulturszene. Die Interessenvertretung der Kulturinitiativen in Kärnten/Koroska (IG KIKK) rief am Donnerstag zum Protest auf.

Die Kunst- und Kulturszene in Klagenfurt zeigt sich müde, müde von einem weiteren Jahr ohne Budget. Trotz steigender Kosten steht nur ein Zwölftel des Vorjahresbudgets zur Verfügung. Für die freie Szene heißt das vor allem eines: keine Planungssicherheit, sagte Alina Zeichen von der IG KIKK: „Für unseren Arbeitsalltag bedeutet das nicht vorhandene Budget eine psychische Katastrophe. Wir wissen nicht, wie es weiter geht. Und letztendlich hat das auch Nachwirkungen in unserem privaten Leben. Das heißt, wie zahlt man Miete, wie kann man die Kindern ernähren. Das sind massive psychische Belastungen, die erschöpfen.“

Auch wirtschaftlicher Faktor gefährdet

30 Initiativen und Vereine sind allein im Kulturbereich betroffen. Förderzusagen fehlen, Projekte stehen auf der Kippe, Arbeitsplätze sind unsicher. Dabei, so betont die Interessenvertretung, sei Kunst und Kultur nicht nur ein ideeller, sondern auch ein wirtschaftlicher Faktor für die Stadt.

Eine Konsequenz könnte sein, dass immer mehr Kunst- und Kulturschaffende aufgeben und wegziehen, sagte Zeichen: „Jetzt ist auch Graz ganz groß ein Thema, weil es so nahe ist, oder Villach etcetera. Das heißt, die kulturelle Vielfalt ist in absolut großer Gefahr. Und wenn Veranstaltungen fehlen, fehlen auch Gastronomie und Hotellerie.“

Forderung: „Klagenfurt, mach deinen Job!“

Am Donnerstag machte die Szene ihren Protest sichtbar. Vor dem Klagenfurter Rathaus legten sich die Teilnehmer auf den Boden. Ihre Forderung bleibt dieselbe wie im Vorjahr: „Klagenfurt, mach deinen Job!“

[Read more ... Kein Budget in Klagenfurt: Kultur protestiert](#)

2026-01-08 08:34

Mercosur: Abschluss scheint zum Greifen nahe

Kurz vor der anvisierten Unterzeichnung des Freihandelsabkommens der EU mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten rückt die notwendige Mehrheit im Rat der 27 EU-Länder in greifbare Nähe.

Der italienische Außenminister Antonio Tajani sprach gestern von den „enormen Vorteilen“ des Abkommens und weckte damit Hoffnungen, dass sein Land seinen Widerstand aufgeben könnte. Österreich ist durch Norbert Totschnig (ÖVP) vertreten, er ist ein Kritiker des Abkommens.

Zugeständnisse an Bauern

Die EU-Kommission machte unterdessen nach einem Treffen der EU-Landwirtschaftsminister in Brüssel weitere Zugeständnisse an die Landwirte. „Wir haben den Abschluss des Abkommens immer unterstützt“, sagte Tajani. Italien habe jedoch auch stets die Notwendigkeit betont, „den berechtigten Anliegen des Agrarsektors gebührend Rechnung zu tragen“, fügte er hinzu.

Zuvor hatte der italienische Landwirtschaftsminister Francesco Lollobrigida am Rande eines Treffens der EU-Agrarminister in Brüssel gesagt, sein Land werde „selbstverständlich“ die Unterzeichnung des Abkommens bewilligen, sollten alle von Rom gestellten Bedingungen erfüllt sein.

Zeit drängt

Die EU-Kommission und eine Großzahl der EU-Länder, allen voran Deutschland, wollen das Mercosur-

Abkommen nach mehr als 25 Jahren Verhandlungen noch in diesem Monat über die Ziellinie bringen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen will es am Montag in Paraguay unterzeichnen.

Eigentlich sollte es schon kurz vor Weihnachten bei einem Treffen in Brasilien so weit sein. Frankreich, Italien, Polen und Ungarn verweigerten aber im Rat der 27 EU-Länder ihre Zustimmung.

Beim EU-Gipfel im Dezember in Brüssel erklärte sich Italien dann doch grundsätzlich zu einem Einlenken bereit, Regierungschefin Giorgia Meloni hatte sich etwas mehr Zeit erbeten. Mit dem Ja Italiens wäre die notwendige qualifizierte Mehrheit für das Abkommen im Rat erreicht.

[Read more ... Mercosur: Abschluss scheint zum Greifen nahe](#)

Page 3 of 3

- [« First](#)
- [Previous](#)
- [1](#)
- [2](#)
- 3